

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 RM., bei Selbstabholung 4.25 RM.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— RM., für 1 Monat 5.— RM.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.)
Postfachkonto Nr. 53 477. Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Landauer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 093.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 RM. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Plagvorschritt 1.85 RM. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 RM. Die Reklame-Kolonelle 6.25 RM.
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer Freitag 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Landauer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Ein Kabinett Müller-Gebler?

Maerckers offener Verrat.

Der Rückschlag auf das Leipziger Brigadekommando.

Dresden, 27. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) General Maercker, der Kommandierende des Bezirkskommandos 4, hat seinen Abschied eingereicht. Zur Begründung dieses Schrittes werden die heftigen Angriffe angeführt, die auf den General in letzter Zeit in der Presse geführt wurden.

Halle, 27. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In einer Konferenz aller Parteien, die gestern unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Hering stattfand, erklärte ein Vertreter des Gaeyl-Kommandos scharf, schärfliche Beweise dafür vorbringen zu können, daß General Maercker sich bereits am Vortage der neuen Regierung der Rebellen zur Verfügung gestellt habe. Da das kaiserliche Militär dem General zu Gehorsam verpflichtet gewesen sei, so wäre es erklärlich, wenn es zu Kämpfen gegen die Arbeiter gekommen sei.

General Maercker geht und kehrt hoffentlich niemals wieder. Immer wieder haben wir in den hinter uns liegenden Tagen auf das verwerfliche Treiben dieses geschworenen Arbeiterfeindes hinweisen müssen; das für jeden bereits offen lag, der nicht als Blödsinn oder Erdbeben gelten will. Die bürgerliche Presse, allen voran das „Allgemeine am Peterstraße“, die Leipziger „Neuesten Nachrichten“, haben bis zuletzt den General reinzuwaschen versucht und ihn als unerschütterlichen verfassungstreuen und republikanischen Engel hingestellt. Aber weder Zeitartikel noch Interviews wählten die Blutschuld herunter, mit der sich der General Maercker, Noskes bestes Instrument für die Wiederhängelei der Arbeiterbewegung, durch seinen Verrat bedeckt hat.

Aber es bleibt noch in diesem Zusammenhang festzustellen, daß wie in Halle, so auch in Leipzig das Militär dem verwerflichen General sich verpflichtet fühlte (was es freilich nicht einwünscht, da der Soldat dem ihn zu einem Verbrechen beschuldenden Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern verpflichtet ist). Die Stellungnahme gegen die Arbeiter, die die Rapp-Partei wählten, die das Militär für Halle als rechtmäßig, weil als Sache der militärischen Disziplin für sich in Anspruch nimmt, trifft auch ohne weiteres für Leipzig zu. Auch hier gab es am Putz-Sonntag eine Garnison, die dem Verräter Maercker zu Gehorsam sich verpflichtet fühlte und, wie die Haltung und die ausdrücklichen Erklärungen des Chefs des Brigadestabs, des Hauptmanns Zuckertort sowie des Kommandeurs des Zeitfreiwilligenregiments Oberst Bierer und seines Untergebenen, des Hauptmanns Tally, klar genug zeigten, diese angebliche, in Wirklichkeit nicht bestehende Gehorsamspflicht über den Verfassungseid setzten und also als Feind der Arbeiter aufzutreten gezwungen war, wenn diese gegen den Verrat demonstrierten. Damit ist der schelmische, ekelhaften Dinge der Bürgerlichen vom „verfassungstreuen“ Leipziger Militär wohl ein für allemal der Hals gebrochen. Sie hat wirklich sehr kurze Beine gehabt. Die Arbeiter wußten, was sie wollten, als sie sich gegen dieses Militär bewaffneten. Sie stehen heute gerechtfertigt da, während die Felder mit Stiefeln und Sporn und ihre Schärren für Zeit und Ewigkeit gerichtet und gebrandmarkt sind.

Die Neubildung der preussischen Regierung.

Am Freitagnachmittag ist auch das preussische Kabinett zurückgekehrt. Der Vorwärts teilt mit, die sozialdemokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung habe am Freitagmittag beschlossen, definitiv folgende Ministerliste zu präsentieren: Präsidium: Graf, Landwirtschaft: Braun, Unterricht: Gaus, Inneres: Krüger, Finanzen: Sildemann.

Gräf-Brandenburg, der als Ministerpräsident vorgeschlagen wird, war bisher der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion in der Landesversammlung.

Berlin, 27. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In der gestern mitgeteilten Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion der Preussischen Landesversammlung schreibt die Freiheit: Die Mitteilungen des Vorwärts sind ungenau, insbesondere auch die Schlussfolgerungen hinsichtlich. Eine endgültige Entscheidung über die Frage der Teilnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie an der Arbeiterregierung wird erst im Laufe des heutigen Tages getroffen werden.

Revolution in China?

Die Amsterdamer Blätter melden, berichtet Eastern Service aus Tokio, daß dort Gerüchte über eine Revolution in China in Umlauf seien. Auf allen Linien der chinesischen Ostbahn herrsche der

Ausstand, der bolschewistischem Charakter trage. Tausende von chinesischen Soldaten haben das Sowjetvolk verlassen und auf ihrem Wege nach China Abirische Städte geplündert. Sie seien an der chinesischen Grenze entwaffnet worden.

Gemeinsame Pläne der deutschen und russischen Reaktionäre.

Das Warschauer sozialistische Blatt „Kobosnit“ meldet, daß zwei Tage vor dem reaktionären Putz in Deutschland in Berlin eine geheime Sitzung der dort weilenden russischen Reaktionäre stattgefunden hat. An dieser Sitzung haben u. a. die russischen Aristokraten Fürst Balkonski und Graf Kravotkin sowie die reaktionären Politiker Suklow und Bermonit teilgenommen. Die russischen Gegenrevolutionäre beschloßen, im Falle des Sieges der Monarchisten in Deutschland sich an die neue deutsche Regierung mit dem Ersuchen zu wenden, auch die Durchführung eines monarchistischen Umsturzes in Rußland zu unterstützen.

Daß die Rapp- und Wittich mit Freuden bereit gewesen wären, auf diese Pläne der russischen Gegenrevolutionäre einzugehen, darf man als sicher annehmen, denn die deutschen militärischen Kreise haben bekanntlich jederzeit feindschaftliche Beziehungen zu den russischen Reaktionären unterhalten.

Zum Brande des Volkshauses.

Die Beweise für die russische Brandstiftung, mit der die Reichswehrtruppen das Volkshaus angezündet haben, sind so erdrückend, daß die gesamte bürgerliche Presse darüber in betretenes Schweigen versunken ist. Nur die Leipziger „Neuesten“ haben die Stirn, selbst an den Bergen von Beweisen für die Schuld der Brandstifter vorbeizugehen. Das Blatt ist krampfhaft bemüht, die planmäßige Brandlegung am Volkshause zu verläugern. Zu diesem Zwecke veröffentlichten die „Neuesten“ am 27. März zwei Zuschriften, in denen gesagt ist, daß im Volkshause am Freitag, dem Tage des Brandes, 10 000 Kilogramm requirierter Benzin gelagert hätten. Diese Zuschriften belegen die Nachrichten mit folgender Einleitung: „Zum Brande des Volkshauses erhalten wir die folgenden zwei Zuschriften, die wesentlich zur Klärung der für manche Leute angeblich strittigen Frage, wie der Brand im Volkshause entstanden sei, nicht ohne Interesse sein werden.“

Die Behauptung, daß zur Zeit des Brandes 10 000 Kilogramm Benzin im Volkshause gelagert hätten, ist eine freie Erfindung. Tatsächlich hat im Volkshausgarten während des Brandes ein Faß mit Benzin gelegen. Dieses Faß lag auch noch am Tage nach dem Brande unverändert im Garten. Die Nachrichten müßten glauben machen, daß durch die Lagerung des Benzins der Volkshausbrand entstanden sei. So dumme sind aber die Arbeiter nicht, daß sie 10 000 Kilogramm Benzin ins Volkshaus hosen, um damit ihr Haus anzuzünden. Die Nachrichten schreiben, die mit den Ursachen des Brandes betrauten Behörden müßten den Mitteilungen über das Benzinlager besondere Aufmerksamkeit widmen. Das kann die Behörde tun, die Hauptsache ist aber, daß die Untersuchung möglichst beschleunigt wird, damit die Schuldigen auch durch die Behörde vor aller Welt einwandfrei festgestellt werden. Vorher hören die Nachrichten doch nicht auf, Schwindelmeldungen in die Welt zu setzen.

Noske als Mitverschwörer?

Das U.-S.-P.-Blatt „München“, der „Kampf“, stellt an die Spitze seiner Donnerstagsausgabe folgendes:

„Von allen Seiten wird jetzt Material bekannt, das Noske selbst mit den Urhebern des Staatsstreiches in Verbindung bringt.“

Wir fügen dem heute hinzu: Der Kampf ist schon seit längerer Zeit dahin informiert, daß Noske selbst nicht nur um den Staatsstreich wußte, sondern selbst einer seiner Hauptorganisatoren ist. Wir würden diese Angabe nicht machen können, wenn wir nicht dafür hinreichende Unterlagen hätten. Es sei denn, daß die Unterschrift Noskes gefälscht worden ist.

Sobald die politische Lage soweit geklärt ist, um eine einwandfreie Untersuchung zu gewährleisten, und die Gefahr der Verhinderung und Begünstigung nicht mehr besteht, werden wir darüber mehr zu sagen haben.“

Belegung Nordchinesischer durch die Dänen.

Wie die Zeitungen aus Kopenhagen melden, hat die Interalliierte Kommission dem Ansuchen des dänischen Ministers für Schleswig, Jansen, zugestimmt, daß Dänemark die erste schleswigsche Zone bis zur sogenannten Clausenlinie Linie mit Militär- und Zivilbehörden besetzt.

Die renovierte Koalition.

Berlin, 27. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Nach dem letzten Stand der Verhandlungen würde das Reichskabinett folgende Zusammensetzung aufweisen: Reichskanzler: Hermann Müller (Sozialdemokrat); Neuherr: Landsberg (Sozialdemokrat) oder Bernstorff oder Siemens (Demokrat); Finanzen: Cuno (Zentrum); Schatz: Wittich (Zentrum); Justiz: Haas (Demokrat); Inneres: Koch (Demokrat); Reichswehr: Gebler (Demokrat); Wirtschaft: Bauer (Sozialdemokrat); Ernährung: Hermes (Zentrum); Arbeit: Schmidt (Sozialdemokrat); Eisenbahn: Sell (Zentrum); Post: Siebertz (Zentrum); ohne Parteizugehörigkeit: David (Sozialdemokrat).

Die Freiheit bezeichnet ein derartiges Kabinett Müller als ausgesprochen provisorisch. Es lägen Probleme vor, zu deren Lösung eine sozialdemokratisch-bürgerliche Koalition nicht befähigt sei, und zu ihnen gehöre in allererster Linie die vom Militär drohende Gefahr. Bauer als Landwirtschaftsminister bezeichnet die Freiheit als unzulässig. Auch der Vorwärts wendet sich übrigens dagegen, daß Robert Schmidt aus dem Reichswirtschaftsministerium ausgeschieden werde. Daß Schmidt den Großagariern und der Schwerindustrie auf die Herzen falle, dürfte kein Grund sein, ihn von seinem Posten zu entfernen.

Das Kabinett Bauer ist zurückgetreten, aber an seine Stelle soll keine Arbeiterregierung, geschweige denn eine rein sozialistische Regierung treten, sondern ein neues bürgerlich-rechtssozialistisches Koalitionsministerium, das vom bisherigen Außenminister, dem Reichssozialisten Hermann Müller, geführt wird. Das soll also die Frucht der großen, opferreichen, blutigen Kämpfe sein, in denen die deutsche Arbeiterklasse die Junker- und Militärrevolte niedergeworfen hat! Ein mageres Ergebnis, das der Arbeiterklasse nicht genügen kann. Wir fordern, daß es noch in letzter Stunde durch eine gründliche Systemänderung im Sinne des Proletariats ersetzt werde. Ist das aber in der heutigen Situation nicht zu erreichen, so muß die Arbeiterklasse zur Abwehr der schweren Gefahren, die sich hinter dem schnell umorientierten und schon wieder erstarrten Militarismus und dem von ihm und allen Reaktionären zielbewußt verbreiteten Bolschewismus-Märchen bildet, gerüstet und schlagbereit bleiben und alles danksagen, daß diese renovierte Koalition nur ein kurzlebiger Provisorium wird.

Bei den kommenden Wahlen, die in wenigen Wochen schon stattfinden werden, muß die Grundlage für eine dauerhafte sozialdemokratische Regierung geschaffen werden: die sozialistische Parlamentsmehrheit! Ein hohes Ziel, das nicht leicht zu erreichen sein wird, das aber in den Kreis des Möglichen gerückt ist, wenn das deutsche Proletariat die Einheitsfront, die ihm dieser Kampf wider die Gegenrevolution beschert hat, aufrechtzuerhalten weiß.

Die deutsche Arbeiterklasse hat den Anspruch auf die Führung der Nation. Das haben die Tage des Rapp-Putzes deutlich genug erwiesen. Nur der entschlossene Kampf des Proletariats hat die Wittichs niedergeworfen. Das Bürgertum hat sich aufs Schwache beschränkt und ist, sobald die bewaffnete Arbeiterklasse auf den Plan trat, in feiger Angst sofort wieder der Gegenrevolution auf dem Leim gekrochen, ist der Arbeiterklasse heimtückisch in den Rücken gefallen aus blaffer Furcht vor der angeblichen, in Wahrheit nicht existierenden Gefahr der Räteherrschaft. Und diese Demokraten, die in diesen Tagen eine so kümmerliche Rolle gespielt haben, pochen jetzt auf die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung, die in Wirklichkeit keine ist — denn mit den gegenrevolutionären, nur schwach verhaltenen Rapp-Parteien, der Deutschnationalen, der deutschen Volkspartei, bündigen Demokraten und Zentrum keine Regierungsmehrheit bilden, wenn es ihnen mit ihrer angeblichen republikanischen Gesinnung ernst ist — um die Sicherungen zu verteilen, die das Proletariat für die Republik fordert, um die Arbeiterklasse um die Früchte ihrer Opfer zu bringen. Es ist der blödeste und schärfste parlamentarische Kreuzzug, der wieder einmal sein Spiel treibt. Die verächtlichste Nationalversammlung, die in ihrer Zusammenkunft längst nicht mehr den politischen Willen des deutschen Volkes widerspiegelt, wird gegen das wirkliche politische Leben ausgespielt. Die einzige Arbeiterklasse ist der berufene Retter Deutschlands, der einige Retter aus den Mäzen einer furchtbaren Zeit. Aber sie muß die Anagnose ihrer historischen Mission wiederum blinzeln lassen.